

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Stellungnahme „Armut und Reichtum in Sachsen – Ziele und Vorhaben der Sächsischen Staatsregierung zum Abbau sozialer Ungleichheit sowie von Armut und Ausgrenzung“ erstellen!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Wahrnehmung ihrer unmittelbaren politischen Verantwortung bei der Bekämpfung von sozialer Ungleichung, Armut und Ausgrenzung in Sachsen eine ressortübergreifend erarbeitete Stellungnahme zum Thema „Armut und Reichtum in Sachsen – Ziele und Vorhaben der Sächsischen Staatsregierung zum Abbau sozialer Ungleichheit sowie von Armut und Ausgrenzung“ zu erarbeiten und dem Landtag bis zum 31. März 2018 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, mit der insbesondere ausgehend von den Berichten „Lebenslagen in Deutschland – Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2017), „Menschenwürde ist Menschenrecht – Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017“ (Paritätischer Gesamtverband, 2017) und „Gerecht verteilen – Wohlstand sichern / DGB Verteilungsbericht 2016“ (Deutscher Gewerkschaftsbund, 2016) sowohl die Ursachen von sozialer Ungleichheit, (verdeckter) Armut und sozialer Ausgrenzung analysiert als auch regierungsseitige Maßnahmen zum Abbau von sozialer Ungleichheit und Armut im Freistaat Sachsen umfassend und konkret dargestellt werden sollen.

Dresden, 16.08.2017



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Eine analytische und lösungsorientierte Auseinandersetzung mit der in Deutschland zu verzeichnenden Zunahme von sozialer Ungleichheit und der Verfestigung von Armutslagen findet in Sachsen leider (noch) nicht statt, wenngleich die deutschlandweit erhobenen Befunde selbstverständlich auch im Freistaat Sachsen - mehr oder weniger stark ausgeprägt - zu verzeichnen sind. Demzufolge ist nicht erkennbar, dass innerhalb der Staatsregierung grundsätzliche Klarheit über die eigene politische Verantwortung bei der Bekämpfung von sozialer Ungleichung, Armut und Ausgrenzung besteht. Lediglich Einzelmaßnahmen zeugen davon, dass zumindest in ausgewählten Ressorts das notwendige Problembewusstsein vorhanden ist. Dies zeigt sich z. B. in dem Vorhaben, Armut in Familien mit langzeitarbeitslosen Mitgliedern durch ein gezieltes Förderprogramm abbauen zu wollen. Gleichwohl gerade auch solche Maßnahmen zu unterstützen sind, entheben sie die Staatsregierung nicht ihrer politischen Gesamtverantwortung in diesem Bereich.

Die Fraktion DIE LINKE als Antragstellerin erachtet es deshalb als geboten, die Staatsregierung in die politische Pflicht zu nehmen und zur ressortübergreifenden Auseinandersetzung mit der in Rede stehenden Problematik zu veranlassen. Hierzu wird sie mit dem vorliegenden Antragsbegehren mit Nachdruck aufgefordert, ausgehend von aktuellen, bundesweit bedeutsamen Berichten - eigene analytische Überlegungen zum Abbau sozialer Ungleichheit, von Armut und Ausgrenzung in Sachsen anzustellen sowie daraus abgeleitete konkrete, zwischen den Ressorts abgestimmte Maßnahmen zusammen zu fassen und dem Sächsischen Landtag in Form einer Stellungnahme bis zum Ende des I. Quartals 2018 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.